Mitteilung

im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Mindestlohn für Briefdienstleister/Briefzusteller

Bezug: Antrag der Gemeinderatsfraktion SPD vom 29.03.2009
Anlagen: 1 Bezeichnung: Mindestlohntarifvertrag BdKEP

Die Verwaltung teilt mit:

Auf die Anfrage bei S..mail, Briefbeförderungsservice, wie das Thema Mindestlohn aktuell umgesetzt wird, ging am 16.06.2009 folgende Antwort ein:

„Der zwischen der Deutschen Post AG und verdi vereinbarte Mindestlohn wurde sowohl vom Verwaltungsgericht Berlin als auch vom Oberverwaltungsgericht Berlin als rechtswidrig erklärt. Sollte das Bundesverwaltungsgericht diesen Postmindestlohn in allen Punkten für rechtmäßig erklären, werden wir dies entsprechend in der Praxis umsetzen.
Unser derzeitiges Lohnniveau liegt weit über dem von DGB und der SPD geforderten Mindestlohn von 7,50 €.
Nähere Erläuterungen zu diesem Thema liegen unseren Ausführungen zur Ausschreibung der Postdienstleistungen bei.“

Im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung der Postdienstleistungen durch die interkommunale Einkaufskooperation der Städte Reutlingen, Tübingen, Metzingen, Rottenburg, Diözese Rottenburg-Stuttgart und Landratsamt Reutlingen war in den zusätzlichen besonderen Vertragsbedingungen unter Ziffer 5d „personelle Voraussetzungen“ gefordert: „Der Auftragnehmer erbringt den Nachweis über eine Mindestlohnzahlung entsprechend des jeweiligen Tarifvertrages an das von ihm eingesetzte Personal.“

Dieser Nachweis ist in der Anlage 1 beigefügt.